

**Bezugspreise:**

für Halle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, sechs bis zwölf monatlich 42,00 Mark, vierteljährlich 24,75 Mark, einjährig 78,00 Mark. Zustellungsgebühren, Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Code-Zeitung eingetragen. Für unentgeltlich eingesandte Adressen frichte wir kein Entgelt übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Code-Zeitung“ gestattet. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133 u. 1135, der Gegenseite-Abt. Nr. 1133.

# Code-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 337.

Halle, Freitag, den 22. Juli 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

**Anzeigenpreise:**

Die 8-10 Zeilen 34 mm breite Mittelzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Restanzeigen bis 24 mm breite Mittelzeile 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenstellen. Erstausgabe: 5. Juli, Erscheinung täglich 3 mal, Sonntags und Feiertagen 1 mal. Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Lieben-Geheißstellen: Große Wühlstraße 32 und Markt 24. Verlags-Redaktion Leipzig Nr. 22115.

## Konservative Ideologie.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die konservative Partei existiert auch heute noch als in sich geschlossene politische Gruppe. Trotz der Deutschnationalen Volkspartei. Diese Tatlage müßte eigentlich jedem Wähler bekannt sein, aber viele haben es vergessen, erstens weil man heute so sehr viele andere wichtige Dinge denken muß, und zweitens weil die Deutschnationale Partei dank der geschickten Taktik der konservativen Fraktion, die von Anfang an sich ohne äußerliches Hervortreten großen Einfluß in dieser Partei zu verschaffen wußten, in steigendem Maße mit derartigen Nachdruck rein konservative Politik betrieb, daß kaum einer auf den Gedanken kommt, neben und hinter dieser reaktionären Deutschnationalen Volkspartei bestünde noch eine besondere konservative Partei. Aber sie besteht nun einmal trotz aller Versuche der ehrlichen Deutschnationalen, diese Gebilde aus vorrevolutionärer Zeit auszulösen, und welchen Einfluß sie besitzt, das zeigt die Parteigeschichte der letzten zwei Jahre deutlich genug. Man denke nur an die Wahrung, die die Deutschnationale Volkspartei in Bezug auf die Fragen des Parlamentarismus, der Monarchie, des Königtums und des föderalen Systems und anderer wichtiger Probleme bereits durchgemacht und wie sie sich bei unparteilichem nach rechts entwickelt hat. Aufrichtiger Reformpolitiker aus ihren Reihen, Männer wie Graf Faldowitsch, Dr. Clemens v. Delbrück, von Karhoff u. a. sind entweder fast gestiftet oder aus der Partei herausgerafft worden. Dafür haben jetzt Leute vom Schlage des Grafen Westarp in ihr das große Wort, Herr von Heydenbrand regt sich wieder und in den Preussischen Staatsrat werden bereits Junker von der alten Goutur ohne Bedenken hineingewählt.

Nichts gelernt und nichts vergessen, das ist die Signatur dieser Herrschaften, die der Weltreise, die Novemberrévolution und die Dauerkrisis im politischen und wirtschaftlichen Leben Deutschlands während der letzten Jahre nichts anderes gelehrt hat, als daß das Deutsche Reich, insbesondere Preußen mit der Wiederherauskunft des ehemaligen konservativen Regiments bedacht werden muß; dann ist das podene Feitalter da. So als ob die Geburtenjahre dieser Volkspartei bei der Wahrung, in der sich immer noch das deutsche Staatswesen befindet, müssen sie gleichwohl ernsthaft beachtet werden und deshalb lohnt es sich schon, auf einen charakteristischen Artikel hinzuweisen, den die „Konservative Monatschrift“ die jetzt nach ihrer Umgestaltung extreme Junkerpolitik betrifft, unter dem Titel „Recht und Pflicht unserer Opposition“ unlängst aus der Feder eines Herrn C. v. D. Dedek gebracht hat.

Herr v. d. Dedek ist ehemals Oberst gewesen. Das erklärt manches in seinem Artikel. Erklärt freilich nicht, warum der Verfasser, um die schroffe Opposition der Konservativen gegen die gegenwärtige Regierung zu begründen, sich mit schwerem theologischen Rüstzeug umgibt und mit der Berufung auf die „christliche Weltanschauung“ seine Hege gegen die Regierung zu bekräftigen sucht. Aber schließlich, wenn ein Konservative einen Fehler lehren kann, weshalb soll das einem Obersten anvertraut sein? Konsequent, daß er die *laetus antiqua docendi* hierher bezieht. Damit behauptet es allerdings gewaltig und es ist einermüde lustig zu sehen, wie sich der gute Mann im Schwelge seines Angehies abquält, zu beweisen, daß es ein himmelweiter Unterschied ist, ob Gott, der doch allmächtig ist, eine Revolution will oder ob er sie zulaßt. Nicht glücklicher ist der Oberst, wenn er von seinem theologischen Streitort heruntersteigt und sich in die profane politische Arena begibt. Dann stellt er u. a. folgendes Wort auf: „Rechtmäßig ist allein ein Herrscher, der seine Macht und Autorität durch eine höhere Gewalt, durch göttliche oder eigenes (Wahl d. Red.) Recht besitzt; illegitim dagegen ist und bleibt jede Obrigkeit, die durch Empörung und Entthronung des gesetzlichen Herrschers durch die augenblickliche Macht oder die „Souveränität“ der Straße“ die augenblickliche Herrschaft usurpiert hat.“ In Deutschland sind allein unsere angestammten nationalen Stammesfürsten rechtmäßig.“

Was soll man zu solchen Anschauungen, die den Grund des Mittelalters in sich tragen, überhaupt sagen? Der Verfasser weiß offenbar nicht, daß die Mittel, mit denen die beflagten „angehörigen“ Stammesfürsten ihr Land oder ihr Ländchen sich erworben haben, häufig auch nur mit den Worten Usurpation bezeichnet werden können; er hält eine Obrigkeit, die sich selbst im Jahre 1818 eigenmächtig in den Besitz der Gewalt gesetzt hat, für „legitim“, dagegen eine solche, die das Recht im Jahre 1818 oder 1718 getan hat, für illegitim; er hat in seiner Aufregung vergessen, daß der letzte Kaiser des Deutschen Reiches nicht entthront ist, sondern ausdrücklich auf den Thron verzichtet hat; ihm ist es auch entgangen, daß die „Empörer“ von der Novemberrevolution später ihre Befugnisse in die Hände des Volkes zurückgelegt haben und daß dieses Volk in vollständig legitimer Weise unter Teilnahme auch seiner konservativen Bestandteile die deutsche Nationalversammlung gewählt hat, die ihrerseits sich eine Verfassung und eine Regierung in vollkommen geeigneten Formen gegeben hat. Die selbige Obrigkeit ist also zum mindesten ebenso legitim wie etwa die 1870 von Bismarck aufgerichtete. — Aber sich hierüber mit einem konservativen Junker zu teilen, ist ausichtslos. Wir bedauern und hoffen nur auf eines Bescheidnen. Bist und auf die Schlussfolgerungen, die Oberst v. D. d. Dedek aus seiner Weltanschauung zieht. Diese bestehen im wesentlichen aus folgendem: Die Reichsparteien haben nicht nur das Recht, sondern auch die fittliche Pflicht, zu opponieren und zu protestieren gegen jede, aus der Weimarer Verfassung hervorgehende Regierung; sie müssen auch alle Parteien befeuern, die eine solche Regierung dulden und erst recht diejenigen, die die Regierung stützen, stärken und verlängern.

Und weiter: „Die Reichsparteien können in einer Republik niemals ein Bündnis eingehen mit Parteien, die nicht grundsätzlich antirevolutionär, antirepublikanisch und antisozialistisch sind und dürfen nicht in ein Ministerium eintreten, in dem auch ihre größten prinzipiellen Feinde vertreten sind: die revolutionäre Sozialdemokratie.“ — Also ein lares Verbotnis rücksichtsloser Opposition und Ablehnung jeder Verfassungspolitik! Was wird da die deutschnationale Partei tagtäglich tun, die doch nach den Reichstagswahlen 1920 geradezu danach gelehrt hat, in die Regierung aufgenommen zu werden, und deshalb bereit war, sogar mit den Sozialdemokraten in der Regierung zusammen zu sitzen? Wie wir sie kennen, wird sie dem Diktat der Ministerkabinette gehorchen Folge leisten und sich immer weiter zu einer reinen Schutzgruppe egoistischer Junkerinteressen ausbilden. Aufgab aller Demokraten aber wird es sein, den Heuchlern die Waage von Gerechtigkeit zu reigen.

## Dr. Wirth über die Beziehungen zu Frankreich.

Ueber die Lage, in der sich die deutsche Regierung durch die Fortdauer der Sanktionen und die Haltung Brinds in der ober-schlesischen Frage befindet, hat Reichsminister Wirth dem Berliner Vertreter der „United Press“ bemerkenswerte Erklärungen gemacht, über die der Korrespondent folgendes berichtet:

Wirth hat klar erkennen lassen, daß sein Finanzprogramm gefährdet und der Zerfall und Sturz des Kabinetts drohe, wenn die Regierung in den Fragen Oberschlesiens und der Aufhebung der Sanktionen mit leeren Händen käme. Diese Lage ist dem englischen Gesandten Lord d'Abemorn darzulegen worden. Wirth führte in dem Interview ergänzend aus, daß dies nicht die einzige Drohung sei ein Druck auf die Entente liege, sondern die ganze Lage, mit der die Entente rechnen müsse. Der Reichsminister erklärte dann: „Die Aufhebung der Entscheidung über Oberschlesien und der Aufhebung der Sanktionen hemmt unsere Anstrengungen sehr. Das freundliche Echo, das unsere Politik bei ihrem Beginn in der Welt, Frankreich eingeschlossen, fand, überzeugte uns, daß wir auf dem richtigen Wege seien, um so mehr war die neue scharfe Oberschlesiennote Brinds für mich ein Schlag ins Gesicht, und ich frage mich, ob Frankreich wirklich wünscht, zu einer Verhandlung mit uns zu kommen. Ich muß mich daher fragen, ob ich es mit meinem Gewissen vereinbaren kann, im Streit vor dem Urteil der Entente mich zu stellen. Ich habe Ihnen die Tatsachen vorzulegen, wie sie liegen und bringe nichts, was ich Ihnen als Ausgleich fürlegen kann! Ich möchte auf meine eigene Frage antworten, daß dies das nicht könnte. Der Reichstag würde das Finanzprogramm niemals genehmigen, und ohne dieses ist das Kabinett Wirth-Rathenau lebensunfähig.“

Ohne weitere Anspielung auf die ober-schlesische Angelegenheit zitierte Wirth die durch seine Regierung bis heute bewirkten Erfüllungen auf, indem er schloß, daß diese sicherlich die Bereitwilligkeit der neuen Regierung zeigten. Dann fuhr er fort: „Ich übernehme die Reichsministerhaft nicht der höchsten Ehre, die Stellung wegen oder etwa, damit ein bedeutungsloses Wort an das Ultimatum geknüpft würde. Ich bilde die Regierung, um das Ultimatum zu erfüllen, zu erfüllen. Unsere Aufsichtspflicht ist durch die Tat zu beweisen. Wir haben die verlangten Summen lange vor dem festgesetzten Datum erlegt, und wir sind überzeugt, daß die erste Milliarde mit Unterstützung der Renten bis Ende August bezahlt sein wird. Wir erfüllen auch prompt die zweite Forderung des Ultimatum, die Entwaffnung. Wir entwarfneten die östlichen Festungen, lösten die Selbstschutzorganisationen auf und sind heute ein Volk ohne Waffen; wir sind weiter gewillt, Frankreich auf jedem von ihm gemüßigten Wege wieder zurückzugeben. Es kann keine eigene Rechnung schreiben. Wir wünschen ernstlich, die freundschaftliche Verbindung mit Frankreich zu erneuern. Das sind die hohen Worte, sondern unsere wirklichen Gefühle, die Unbelohnen beiden Ländern schadet und den Weltfrieden verbindet. Das ist kein eigenständiges Interesse, sondern das Interesse der Welt und berührt Frankreich, Amerika und jedermann in der Welt, — einer Welt, die Ruhe braucht und die Möglichkeit zum Schaffen und etwas zu verdienen.“

Von Interesse ist, daß der Reichsminister bei dieser Gelegenheit auch füglich den guten Fortgang des Finanzprogramms erwähnte, das nunmehr fast vollendet sei.

## Frankreichs Sabotage-Politik.

Lord Curzon bekannte in einer Rede vor dem französischen Vorkriegsamt am Dienstag, daß es, wenn die nächste Zwanzigtausend des Obersten Rates entsprechende Brinds Vorschlag erst im Herbst erfolgen sollte, außerst schwierig sein würde, die notwendigen Vorbereitungen für die Washingtoner Konferenz zu treffen.

Der Welt Parisien vernebelt sich gegen die Auffassung, daß die französische Regierung die Einberufung des Obersten Rates nicht wollte, weil sie geheimnisvolle Verhandlungen mit dem Herrn von Wirth. Wirth hat sich auf englischer Seite Mißtrauen aufgenommen wegen der jüngsten deutsch-französischen Verhandlungen über die Reparationen. Über England aber hat Frankreich ausgedrückt, ich dirakt mit Deutschland über die Sachleistungen zu verhandeln. Vertinay schreibt, die Haltung des französischen Vorkriegsamt entspricht genau seiner Ansicht darüber, was sich in Ober-schlesien abspielte. Eine Aufhebung der Zahlung des Obersten Rates

habe Vorteile, aber nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß die französische Regierung nicht zögere, das Nötige namentlich am Rhein zu beanfordern, um die Ereignisse in Ober-schlesien zu befeuern.

## Der Grund für General Degouttes Reise nach Antwerpen.

Die Blätter meldeten, daß der Kommandant der Rheinarmee, General Degoutte, in Antwerpen eingetroffen ist. Seine Anwesenheit in dem belgischen Hafen wird damit begründet, daß er dort Dispositionen über die Maßnahmen für die Rheinarmee treffen müsse. Wie jedoch aus zuverlässiger Quelle verlautet, hat die Reise des Generals einen ganz anderen Grund. Die französische Regierung, die entschlossen ist, eine weitere Division nach Ober-schlesien zu entsenden, rechnet bereits damit, daß der Transport dieser Truppen auf dem Landwege durch Deutschland auf Schwierigkeiten stoßen könnte, monunter in erster Linie im Übergang der deutschen Arbeiterkräfte verhandelt wird. General Degoutte vertritt daher, in Antwerpen Mittel und Wege zu finden, um den Transport der Verstärkungstruppen von Antwerpen nach Danzig auf dem Wasserwege bewerkstelligen zu können. Von Danzig würde man dann die Truppen über den polnischen Korridor und das Posenische Gebiet nach Ober-schlesien schaffen.

## Keine Rückkehr General de Marinis?

Bekanntlich ist der italienische Regierungskommissar, General de Marinis, nach Rom gereist. In Appeln geht man die Befürchtung, daß er endgültig von seinem Posten abberufen sei. General de Marinis erhebt sich wegen seines hohen Gerechtigkeitsgesinnens, der in seiner fünfjährigen Tätigkeit in Ober-schlesien immer wieder gutgeheißen ist, der Achtung und Verehrung der gesamten Bevölkerung, die seine Rückkehr dringend wünscht.

## Die J. A. K. richtet sich auf längere Dauer ein.

Der Döplener Korrespondent der „Dein“ berichtet: In hiesigen Ententekreisen macht sich die Ansicht geltend, daß die Entscheidung über Oberschlesien noch auf längere Zeit hinausgeschoben werden wird. Verschiedene höhere Beamte haben daher ihre wegen des Aufstandes weggegangenen Familien zurückkommen lassen. Auch hat die J. A. K. die Vertäge ihrer Zivilbeamten, die Anfang August ablaufen, verlängert und eine Anzahl neuer Beamter für den Geheimdienst verpflichtet. Ebenso werden innerhalb der Polizei Umgruppierungen vorgenommen und neue Hunderteinstellungen gebildet. Alles dies sind Anzeichen, daß man mit längerer Dauer der internationalen Herrschaft rechnet.

## Die Abrüstungskonferenz.

Der New York Herald meldet aus Washington: Staatssekretär Hughes erklärte den Persönlichkeiten, die ihn sprachen, er lege großen Wert darauf, daß die englische Sprache als offizielle Sprache bei der Abrüstungskonferenz bestimmt werde. Er werde sich dem entgegenstellen, daß die Debatte, wie in Versailles, in zwei Sprachen geführt werde. Man sage sogar, die Einladungen zu der Konferenz würden die Aufmerksamkeit der Delegierten auf die Behauptung hinlenken. Das werde allerdings einen Einfluß auf ihre Entschlüsse haben. Die amerikanischen Vertreter wünschen, es nur mit solchen Delegierten zu tun zu haben, die englisch sprechen.

Chicago Tribune meldet aus Washington: Von zünftiger Seite, Präsident Harding werde an der Konferenz über die Abrüstung und die Fragen des fernen Ostens nicht teilnehmen. Amerikas Wortführer werde Staatssekretär Hughes sein.

## Der deutsch-amerikanische Vertrag.

Chicago Tribune meldet aus Washington: In den letzten Tagen haben zwischen Persönlichkeiten der amerikanischen Regierung und der alliierten und assoziierten Mächte inoffizielle Verhandlungen über die Einwendungen der letzteren wegen des Sondervertrages zwischen Amerika und Deutschland stattgefunden und teilhaftig, wie die Vereinigten Staaten die Rechte und Pflichten wie in den wirtschaftlichen und Reparationsbedingungen des Versailles Vertrags vorgehen werden. Augensichtlich kommt zur eine Unterredung unter den Versailles Vertrag mit Vorbehalt in Frage. Falls die alliierten Mächte keine Einwendungen erheben und keine gegenseitigen abgesehen gegen die Anwendung des Versailles Vertrags keine Einwendungen erheben. Unbereits seien die vertragsfeindlichen Elemente zuweisen, weil sie wüßten, daß in dem Sondervertrag der Versailles Vertrag zu etwa 80 Prozent enthalten ist. Sollte Deutschland versuchen, eine Erweiterung über die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailles Vertrags wieder aufzunehmen, so werde erklärt werden, daß die Angelegenheit geschlossen sei und keine weitere Debatte gefahrt werden könne. Infolge der Notwendigkeit einer kürzeren Regierung der alliierten Mächte werden Fragen mehr allgemein angenommen, daß der Sondervertrag mehr aber weniger klar ist. Das endgültige Zustandekommen eines solchen Vertrages hänge insofern von der Antwort der Alliierten ab, der Gültigkeit der amerikanischen Rechte unter dem Sondervertrage ab. Frankreich nehme an, daß die moralische Wirkung der amerikani-





Berliner Fondsrörse vom 21. Juli.

Die Sorgenloskei... die Verroche Spekulation und Publikus zu Kauf... sowohl der variable Markt in Betracht kommt...

Rheinmetall (-2 1/2) nicht die Grenze von 6 pCt. Augsburg-Nürnberg steigen ihren Kurs um 20 pCt. Weniger fest lagen Elektrizitätswerke...

und die Mehrzahl der Papiere zeigte Steigerungen. Hölzer: Zeltner Masch 29, Breslauer Sprit 19, Wunderlich 21, Deutsche Alaphat 19...

Antliche Kurse vom 21. Juli.

Table with columns for Deutsche Anleihen, Ausländ. Eisenb.-Akt., and other financial instruments. Includes entries like 'D. R.-Anl. v. 1909', 'Rumän. 1903', 'Heute (Vortag)', etc.

Preußische Pfandbriefe

Table listing Prussian mortgage bonds (Pfandbriefe) with columns for issuer, amount, and price.

Industrie-Obligationen

Table listing industrial bonds (Industrie-Obligationen) from various companies and sectors.

Bank-Aktien

Table listing bank stocks (Bank-Aktien) from various financial institutions.

Prämien-Anleihen

Table listing premium bonds (Prämien-Anleihen) with their respective terms and prices.

Industrie-Aktien

Table listing industrial stocks (Industrie-Aktien) from various manufacturing and service companies.

Deutsche Eisenb.-Akt.

Table listing German railway stocks (Deutsche Eisenb.-Akt.) from various railway companies.

Hypothekn. Pfandbr.

Table listing mortgage bonds (Hypothekn. Pfandbr.) with their terms and prices.

Bank-Aktien

Table listing bank stocks (Bank-Aktien) from various financial institutions.

Deutsche Eisenb.-Akt.

Table listing German railway stocks (Deutsche Eisenb.-Akt.) from various railway companies.

Stadtenleihen

Table listing municipal bonds (Stadtenleihen) from various cities and municipalities.

Bank-Aktien

Table listing bank stocks (Bank-Aktien) from various financial institutions.

Deutsche Eisenb.-Akt.

Table listing German railway stocks (Deutsche Eisenb.-Akt.) from various railway companies.

Ausländische Anleihen

Table listing foreign bonds (Ausländische Anleihen) from various international sources.

Bank-Aktien

Table listing bank stocks (Bank-Aktien) from various financial institutions.

Deutsche Eisenb.-Akt.

Table listing German railway stocks (Deutsche Eisenb.-Akt.) from various railway companies.

Ausländische Anleihen

Table listing foreign bonds (Ausländische Anleihen) from various international sources.

Bank-Aktien

Table listing bank stocks (Bank-Aktien) from various financial institutions.

Deutsche Eisenb.-Akt.

Table listing German railway stocks (Deutsche Eisenb.-Akt.) from various railway companies.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt